

Bulletin mensuel de la Fédération des  
Victimes du Nazisme enrôlées de Force

N° 4/66

Rédaction: 9, Rue du Fort Elisabeth, Luxembourg - C.C.P. 313 29

6e Année

Tirage 10 000

Erschengt all Mo'nt Joresabonnement 30,- Fr

### AUS DEM INHALT

Wir klagen an . . . !  
Hier und dort gelesen  
Resolution  
Deutsche Geschichtsschreibung  
Irreführung des deutschen Volkes  
Appel à la solidarité nationale  
Offizielles aus der Föderation  
«Ja» zu Europa, aber nicht so  
Es soll gesagt werden . . . .  
Geschichtliche Wahrheit  
Mitteilungen  
Mit Deutschland in der Nato

Fédération des V. d. N. E. F.  
Secrétariat: 28, rue de la Poste  
Dudelange - C. C. P. 313-29  
Monument National C.C.P. 319-10  
Assoc. des Parents d. D. M. L.  
secrétariat: 21, rue du Fossé  
C.C.P. 5902  
Ligue Luxembourgeoise  
d. M. e. J. d. G. 1940-45  
Case postale No 382 Luxbg-Ville  
C.C.P. 286-33  
Amicale des Anciens de Tambow  
secrétariat: rue de la Gare, Klein-  
bettingen - C.C.P. 240-07  
Association des E. d. F. V. d. N.  
secrétariat: 42, rue de Sanem,  
Ehlerange - C.C.P. 313-24  
Fond. d'Action - C.C.P. 210-49

Impr. Hermann, Luxbg

## Wir klagen an . . . !

*Lidice! Oradour!  
Luxemburg!*

. . . . und andere, viele, ungezählte Orte nazistischer Greuelherrschaft auf dem europäischen Kontinent. Sechs Millionen Juden haben sie umgebracht! Terror in allen Städten Europas. Marschierende SS Kolonnen! . . . Genickschüsse . . . ! Kinder, Frauen, Greise in Polen, in der Tschechoslowakei, auf dem Balkan, in Rußland . . . und wo noch? . . . wurden vor den Massengräbern erschossen. Ihre Henker haben den mörderischsten aller Kriege entfesselt. Nichts als Grauen, Schrecken, Panik, unvorstellbare Hölle hinterliessen sie. Unter der Führung ihres noch heute vielerorts vergötterten Hitlers. Heil . . . Heil . . . Heil . . . . Dieses Volk, das im Taumel der Ereignisse von 1933 bis 1945 alles guthieß, mit sehr, sehr wenigen Ausnahmen und also der Gewaltherrschaft kaum einen Widerstand entgegenstellte, ist das Volk der Deutschen. Die Welt möge es nie vergessen. Es ist das frühere Hitlerdeutschland mitsamt seiner heutigen sogenannten D D R. Wie konnte der Begriff BUNDESREPUBLIK jemals geduldet und anerkannt werden? Denn . . . Wie verlief die Abstimmung im sogenannten Bundestag in Bezug auf die Verjährungsfrist für Naziverbrechen? Aus Rücksicht auf nazistische «Wähler» fiel dieser Entschluß so aus, daß er der freien Welt keine Genugtuung brachte. Man schont die damaligen Schergen.

Urteile in Nachkriegsprozessen fallen nur allzu gelinde aus. Kein Wunder, wenn Leute wie Wienecke im Amt sind ! !

Wegen Beihilfe zum Mord in soundsoviel Fällen . . . : einige Jahre «Zuchthaus»!

Neue Nazi-Parteien treiben üppige Blüten . . . unter den Augen der Besatzungsmächte ! ! !

Dieses Volk wagt es — eigentlich ist es eine logische Folge der geduldeten Ereignisse — es wagt durch die Stimme seines Bundestages die Forderungen der Zwangsrekrutierten abzulehnen. Bis zum Abschluß eines Friedensvertrages ! ! ! Es ist also anscheinend noch Feindgebiet, oder will sich selbst sozusagen als solches bezeichnen.

Und doch!

## Hier und dort gelesen . . .

### NOTE DIPLOMATIQUE DE BONN Le MONDE

«La recherche d'une formule - (qui, fournissant à l'U.R.S.S. et à ses alliés les garanties de sécurité auxquelles ils ont droit, ouvrirait aux Allemands une perspective de réunification et d'association sur une base d'égalité à la communauté des peuples européens) - suppose d'abord d'autres gestes des Allemands, qui, avant de songer à ébranler la position soviétique, devraient essayer de désarmer les vagues soupçons qui subsistent à leur égard dans l'opinion occidentale. Pour cela qu'ils se résignent enfin à reconnaître la frontière Oder-Neisse, sans en attendre une contrepartie qui ne viendra jamais. Et quitte pour eux à obtenir un droit de regard sur les armements nucléaires entreposés sur leur sol, qu'ils parlent un peu moins dans ce domaine d'une revendication d'égalité des droits, qui ne peut que fournir des armes à la propagande adverse.

C'est seulement lorsque celle-ci se trouvera tout à fait désarmée qu'il sera possible aux amis occidentaux unanimes de l'Allemagne nouvelle de s'employer à persuader les Soviétiques que le chemin de la paix passe par celui de la réconciliation et qu'à vouloir imposer aux Allemands un nouveau Versailles il leur faudrait s'attendre à coup sûr à récolter un nouveau Hitler.»

★

### Fortsetzung der deutsch-israelischen Wirtschaftsgespräche

Bonn, 24. März (AP) Die Deutsch-israelischen Verhandlungen über Wirtschaftshilfe werden Ende des kommenden Monats in ihre zweite Phase treten. Wie das Auswärtige Amt gestern mitteilte, werden die Gespräche am 27. April in Bonn fortgesetzt.

Die erste Verhandlungsrunde, die am 24. Februar begonnen hatte, war am 3. März abgeschlossen worden. In einer offiziellen Mitteilung war damals erklärt worden, daß es in einer Reihe von grundlegenden Fragen zu keiner Einigung gekommen sei. Israel ist dem Vernehmen nach besonders an einer nicht objektiv gebundenen Hilfe interessiert.

L. W. 24. 3. 66

Dieses Volk ist vertreten in der Gemeinschaft für Kohle und Stahl . . .  
ist vertreten in der europäischen Wirtschaftsgemeinschaft . . . ist vertreten im europäischen Parlament und anderen Institutionen . . . Es ist vertreten in der Nato . . . !! Es erhebt Anspruch auf atomare Bewaffnung !!

Gewisse Westmächte haben zur Wiederaufrüstung Deutschlands mehr Geldmittel aufgebracht als Hitler seinerzeit zur Entfesselung seines Krieges benötigte.

Dieses selbe Volk hat kürzlich eine Friedenskampagne gestartet :  
**Und will nicht begreifen, dass die Schändung der Luxemburger Jugend ein Verbrechen der Nazis gewesen ist !!**

Kein Luxemburger Junge, wo er immer war, an der Front, im Versteck, in der Gefangenschaft, im Maquis, wird diese jahrelange Zeit der Verfolgung vergessen können.

Die Luxemburger Zwangsrekrutierten werden den Beschluß des Bonner Bundestags keineswegs und niemals hinnehmen. **Deutschland wird sich auf eine wirkungsvolle, weit in die zukünftige Zeit vorgetriebene Reaktion gefaßt machen müssen, falls es sich nicht auf eine bessere Lösung besinnen will.**

**Wer sich in Deutschland nicht zu einer annehmbaren, auf dem Wege vernünftiger Verhandlungen zu erreichenden Lösung unseres Problems bekennen will, den sehen nicht nur wir, sondern die ganze recht denkende Welt als einen waschechten und würdigen Nachfolger der Nazis an.**

Vielleicht verstehen die Vertreter Deutschlands die Prinzipien besser, welche Sowjetrußland praktiziert. Mißtrauen! Keine Konzessionen!! Berliner Mauer, Sowjetzone. Recht so! Vielleicht? Früher sprach ihr von Umsiedlung, jetzt, wo ihr es am eigenen Leibe verspürt, nennt ihr es Vertreibung. Wir haben diese Nachkriegsfolgen nicht gewollt. Die Deutschen sind selbst schuld daran.

Wir werden uns, wenn ihr es so haben wollt, an die von Deutschland gemarterten Völker und Menschen wenden und dort volles Verständnis finden.

Wir werden, wenn ihr es so haben wollt, die jungen Völker Afrikas und Asiens darauf aufmerksam machen, mit welchem Vertragspartner sie es zu tun haben. Abmachungen und Versprechen (man nennt es «wohlwollende Prüfung») sind in euren Augen nach altbewährtem Rezept zur Not nur ein Fetzen Papier!

Wir können, wenn ihr es so haben wollt, Deutschland in den Ländern, in denen es wirtschaftlich Fuß fassen will, mit Hilfe unserer Schicksalsgenossen diskreditieren.

Wie bitte? Wir sind nur ein kleines Häufchen! Die Feinde, meine Herren, die ihr euch in der Welt durch euer bisheriges Verhalten in der Weltpolitik gezüchtet habt, zählen nach Millionen und Abermillionen. Es bedarf nur eines Zusammenschlusses. Die Wunden, die ihr geschlagen habt und ohne Pflege belasset, erzeugen Gift, das sich immer und immer wieder gegen euch richten wird.

1914-1918: Mecheln (Malines) in Belgien !!!

1939-1945!

Lidice!!

Rotterdam!!

Oradour!

Warschau!!

Sachsenhausen! Auschwitz! Dachau! . . . . !

Wer zählt die Gräber, das Leid . . . !

Z . . . . r

Ihr seid die Schuldigen!

# Qui dit crime, dit réparation.

G. G. Nonnenmacher

## Resolution

Die « Fédération des Victimes du Nazisme enrôlées de Force a.s.b.l. LUXEMBOURG

gesehen

- das luxemburgische Memorandum vom 1. 8. 1965 an die Bundesrepublik Deutschland, Rechtsnachfolgerin Nazideutschlands, bezüglich der Forderungen der Luxemburger zwangsrekrutierten Naziopfer;
- die, alle Zwangsrekrutierten und das ganze Land beleidigende deutsche Antwortnote;
- die einmütige luxemburgische Protestaktion von Regierung, Kammer und Land vom 10. 3. 1966;
- die deutschen Kommentare, Äußerungen und, insbesondere, die diesbezügliche AP-Meldung des deutschen Auswärtigen Amtes;
- die Rücksprache mit allen, der FVNEF angeschlossenen Organisationen;

stellt fest, daß Deutschland

- nach wie vor die ungeheuerlichen Verbrechen der Nazizeit weder eingesteht, noch wieder gutmachen will;
- die Verträge von Paris und London mißbraucht, um sich seiner Verpflichtungen zu entziehen;
- den humanen Charakter dieser Verträge einseitig entstellt;
- fremde Staatsbürger nach eigenen Gesetzen aufteilt und sich Rechte anmaßt, die ihm keinesfalls zustehen;
- die Weltöffentlichkeit mit voller Absicht falsch informiert und irreführt;

fordert, daß die luxemburgische Regierung

- den zwangsrekrutierten Naziopfern Genugtuung verschafft;
- konsequent die nun eingenommene Haltung gegenüber Deutschland durchhält;
- sich mit Deutschland unter diesen Umständen nicht weiter in bi-nationalen Organisationen und Vereinigungen zusammenschließt;

ruft auf

- zum Boykott gegenüber Deutschland und zwar sowohl wirtschaftlich wie auch politisch;

verpflichtet sich

- alle Initiativen und Aktionen in diesem Sinne voll und ganz zu unterstützen;
- selbst in diese Aktionen mit seiner Organisation einzugreifen, wenn sich dies als notwendig erweisen sollte;
- derartige Aktionen von sich aus zu organisieren und durchzuführen;
- nicht nachzulassen in diesen Aktionen bis zur Anerkennung der Schuldfrage gegenüber den zwangsrekrutierten Naziopfern durch Deutschland;
- die Weltöffentlichkeit mit diesem Völkerverbrechen und dem damit aufgeworfenen Problem zu befassen;

bittet alle Luxemburger

- diesem Affront gegenüber offen Stellung zu beziehen und jene Haltung einzunehmen, welche in diesem Falle die nationale Solidarität erfordert.

Luxemburg, den 31. März 1966.

Das «ewige» und das wirkliche  
Deutschland

Gedanken eines Deutschlehrers

Es ist keine Freude, in Luxemburg Deutschlehrer zu sein. Das sei auch leicht verständlich, könnte man nun meinen, schließlich seien wir Luxemburger ja auch in den letzten fünfzig Jahren so reichlich mit deutscher Kultur gesegnet worden, daß man es uns nicht verübeln kann, wenn wir genug davon haben in alle Ewigkeit. Obschon die Luxemburger, wie gesagt, gute Gründe hätten, ihren Deutschlehrern ihre Aufgabe schwer und erfolglos zu machen, sind sie es in Wirklichkeit aber nicht, die aus uns zwiespältige, wenig beneidenswerte Wesen machen. Es sind die Deutschen selbst.

Da ging man hin und studierte aus Neigung Kultur, Fühlen und Denken eines Volkes, dessen politisches Tun und Auftreten einen immer wieder dazu zwingt, voll wehen Ingrimmes nein zu sagen, wo man gerne ja sagen würde. Verbittert und enttäuscht kann man bei jeder Gelegenheit nur feststellen, daß jenes Deutschland, das man liebt, das «ewige Deutschland» wie Zuckmayer es nennt, nur sehr wenig gemein hat mit dem, was jenseits von Our, Sauer und Mosel gefühlt, gedacht, geschrieben und getan wird. Kollege Ernest Bisdorff schrieb vor kurzem im «Letzeburger Land» seinen ehrlichen und gerechten Grimm vom Leibe. Was er sagt, gilt nicht nur für ihn persönlich, sondern es ist genau das, was ein Großteil luxemburgischer Deutschlehrer denkt und fühlt.

Wenn man gerade wieder glaubt, an sich unheilbare Wunden würden trotz allem - um einer reichhaltigen und schönen Kultur willen - endlich vernarben, dann stiefeln sie von drüben heran und reißen sie wieder auf. Germanisch gründlich und schmerzvoll. Erfüllt von Bitternis und Zorn, kann man nichts anderes tun, als sich abwenden. Man spürt aber auch gar nichts von jener bei sovielen Gelegenheiten angerufenen Stammeszugehörigkeit. Es treibt kein östliches Drängen das Blut schneller durch die Adern, sondern man empfindet nur liebevoll-neidische Bewunderung für die Kollegen vom Französischen und Englischen, denen es die Völker, deren Sprache, Literatur und Kultur sie ehren, soviel leichter machen. Bei ihnen weckt der Klang der Sprache, die sie gern haben, keine bösen Erinnerungen. Was sie ihren Schülern aus dem Dichten und Denken dieser Völker vortragen, steht mehr oder weniger im Einklang mit dem Handeln dieser Nationen.

Bei uns Deutschlehrern ist das ganz anders. Wir wissen, daß es das «ewige Deutschland» gibt, das Deutschland

## Deutsche Geschichtsschreibung

Goethes, Hölderlins oder Mörikes. Man braucht nur sein Bücherregal entlangzugehen oder eine Schallplatte aufzulegen, um es zu finden. Aber es gibt auch das Deutschland der Hitler, Himmler, Streicher und Konsorten. Welches von beiden ist das wirkliche Deutschland? Wenn es von drüben wieneket und dracht, wenn offizielle Stellen die Wahrheit kaltschnäuzig verdrehen, wenn barbarische Rechtsbrüche zynisch als Legalität hingestellt werden, wenn – an der Sprache erkennt man sie bekanntlich – «Real-Politiker in Gustav Simons gauleiterischen Jargon verfallen, dann fragt man sich, ob es dieses Deutschland denn nur eingeschlossen in Buchdeckel und eingeritzt in Schallplatten gibt, während das wirkliche unbelehrbare, überheblich, großmäulig und gefährlich wie je sich an unsern Grenzen breitmacht. Vielleicht fühlt man sich deshalb immer peinlich berührt, wenn man unerwarteterweise in jener Sprache angeredet wird, die man so gerne liebt und schreibt.

Dort tritt einem das wirkliche Deutschland entgegen, und ob man will oder nicht, vor dem hat man noch immer Angst. Wir Deutschlehrer wollen unsern Schülern das andere Deutschland nahebringen, und wir sind es satt, daß, wenn wir von dem einen reden, das andere uns dröhnend daran erinnert, daß es auch noch da ist. Es genügt schon, daß dieser oder jener politische Rechtsruck im deutschen Ländern uns ein geheimes Grauen durchs Geäder jagt. Wird ein Volk, das soviel durch eigenes Verschulden gelitten hat, denn nie gescheit?

Die eisigen Winde von drüben sind bei Gott nicht dazu geschaffen, das karge Flämmchen, das jeder Deutschlehrer in einem Winkel seines Herzens für die deutschen Menschen wach hält, zur Flamme auflodern zu lassen. Und so bleiben wir Deutschlehrer bei unsern Büchern und Schallplatten. Wenn die Ferien kommen, zögern wir etwas und steuern dann westwärts, wie jedes Jahr. Und das nicht nur, weil wir die Sonne aufsuchen. Wir fahren westwärts vor allem, weil wir uns dort mehr zu Hause fühlen, auch wenn im Gepäck vor allem deutsche Bücher mitreisen.

Ich hoffe, daß Kollege Ernest Bisdorff es einem alten Schüler verzeiht. Dieses Thema noch einmal aufgerissen zu haben. Er fühlte sich dazu befugt, weil er schließlich bei ihm die ersten Gehversuche in deutscher Stilistik machte und er es auch war, der ihn das eine Deutschland von dem andern zu trennen lehrte. Er ist auch zum Teil mit schuld daran, daß der Unterzeichnete als Deutschlehrer heute voll Bitterkeit

In Hamburg gibt es einen Mann namens Hans Otto Lippens, der anscheinend sein Geschichtsstudium während der Hitler-Zeit absolviert hat und dem die damalige Methode dieser Wissenssparte derart in Fleisch und Blut übergegangen ist, daß er es auch heute noch nicht anders kann. Denn was er in seinem Artikel «Forderung der Zwangsrekrutierten»: «Luxemburger Vergeßlichkeit» (erschienen am 24. 3. 66 in einer Hamburger Zeitung, dessen Chefredakteur und Herausgeber dieser Mann ist) an Lügen und Verdrehungen zusammengeschmiert hat, das könnte direkt von jenem damaligen Propagandaminister namens Goebbels stammen, den Erich Kästner so treffend als «kleinen, abgefemten Lügner» bezeichnet hat.

Sehen wir uns diesen Schandartikel näher an.

Bereits der erste Satz offenbart die Pseudofidie seines Schreibers: «Die Bundesrepublik würde sich vermutlich ihr politisches Taktieren zumindest auf einigen Gebieten erleichtern können, wenn man sich in Bonn ähnlich wie in Ostberlin auf den Standpunkt gestellt hätte, man habe mit dem Deutschen Reich nichts zu tun sei auch nicht dessen Rechtsnachfolger – wenigstens nicht dann, sobald es sich um finanzielle Fragen handelt.» Mit andern Worten: Mann sollte sich nur dann als Hitlers Erben ausgeben wenn es hieße, begangenes Unrecht wieder gutzumachen. Wie gesagt: Schon dieser Satz legt den Charakter seines Autors vollständig bloß.

Gemäß Herrn Lippens müßte Bonn also gar nicht wiedergutmachen – wenigstens nicht materiell! Höchstens moralisch. Das macht einen guten Eindruck und kostet nicht viel! – wenn es nicht wollte. Aber die lieben Deutschen sind ja garnicht so! Nein! Im Gegenteil: Sie halten auf eine «gewissenhafte Erfüllung» der Schulden. Schön von ihnen, nicht wahr? Aber wie lohnt man es ihnen? «Der Versuch einer gewissenhaften Erfüllung der vom Deutschen Reich hinterlassenen materiellen und moralischen Schulden wird der Bundesrepublik heute nicht einmal bei ihren engsten Nachbarn zugute gehalten».

Mein lieber Herr Lippens, Entrüstung – wenn sie ehrlich empfunden ist – mag für ihren Autor etwas Ehrendes sein, aber am untauglichen Objekt verschwendet, wird sie leicht zum Pharisäertum. Die Luxemburger und noch andere Völker würden heute sehr gerne auf die Ehre verzichten, «engste Nachbarn» der Bundesrepublik zu sein, wenn ihnen dadurch erspart geblieben wäre, diese engste Nachbarschaft 1940 ebenfalls genossen zu haben! Hätten Sie und Ihregleichen damals so sehr an eine gewissenhafte Erfüllung der Pflichten Deutschlands (warum nennen Sie es übrigens nicht «Großdeutsches Reich», wie es damals üblich war?) geachtet gegenüber einem Lande, dessen Neutralität von dem gleichen Reich noch am 28. 8. 1939 offiziell als unter allen Umständen als unverletzbar anerkannt worden war, dann wäre es wohl nicht zu einem heutigen «Fall Luxemburg» gekommen, «über den man in Bonn nur noch erstaunt den Kopf schütteln kann!» Dann gäbe es bei uns keinen «im» Verband der «Zwangsrekrutierten» zusammengeschlossenen Personenkreis! Dann bräuchten Sie, Herr Lippens, nicht zu behaupten, die Luxemburger Forderung auf Wiedergutmachung müsse «allgemein den Eindruck erwecken, die Bundesrepublik habe sich um diesen Personenkreis bisher überhaupt nicht gekümmert!» Denn dann gäbe es eine derartige Forderung überhaupt nicht! Denn dann wäre Luxemburg, Europa und der ganzen Welt ein Grauen erspart geblieben, ein Grauen, wie es nicht einmal der Dreißigjährige Krieg zustande brachte!

Ja, Herr Lippens, wenn Sie schon von «Luxemburger Vergeßlichkeit» reden, dann war das Vorstehende notwendig, um die «Deutsche Vergeßlichkeit» ins rechte Licht zu rücken!

Sehen wir uns nun Herrn Lippens Art der Geschichtsschreibung an: «Bekanntlich war Luxemburg am 30. August 1942 in das Deutsche Reich eingegliedert worden.» Nein, Herr Lippens! Luxemburg wurde nie in das Deutsche Reich eingegliedert! Was am 30. August 1942 geschah, war nichts anderes als daß jenes traurige Subjekt, das sich Gauleiter titulieren ließ und Gustav Simon hieß, seine berüchtigte Rede hielt mit welcher er die Wehrpflicht in Luxemburg einführt! Damals behauptete dieser kleine Gernegroß tatsächlich in seiner zynischen Nazi-Manier das

Reich habe Luxemburg definitiv anektiert. Aber er tat es nur, um sein völkerrechtswidriges Vorgehen zu verdecken. Jedoch in keinem Augenblick – auch keinem späteren – hat das Deutsche Reich eine derartige Behauptung durch irgendein offizielles Dokument bestätigt. Vielmehr mußte der gleiche Gauleiter Simon in seiner Rede vom 21. Februar 1944 selber zugeben, «die Eingliederung Luxemburgs stehe noch aus!»

Hätte es an und für sich schon genügt, daß Sie, Herr Lippens, heute den gleichen Ausdruck des «Eingliederns» gebrauchen wie es seinerzeit der damals bestgehaßte Mann in Luxemburg tat – damit reihen Sie sich selber in die Kaste ein, die Ihnen zukommt! –, so haben Sie mit dem Zitieren gerade dieses Datums, das wohl als das schwärzeste in der Luxemburger Nationalgeschichte gilt, eine Wunde, deren Vernarbung langsam begann, nicht nur wieder aufgerissen, sondern erneut zum Bluten gebracht!

Des weiteren haben Sie mit dieser Behauptung etwas ausgesprochen, das zu sagen bisher noch keiner wagte, nämlich: die Luxemburger Zwangsrekrutierten seien «Preisen» gewesen. Jene Zwangsrekrutierte, deren Einberufung nicht nur gegen jedes Völkerrecht war, sondern auch seinerzeit vom Internationalen Gerichtshof in Nürnberg als «Kriegsverbrechen» bezeichnet wurde! Mit einer solchen Einstellung, Herr Lippens, richten Sie sich selber!

Darum kann es auch nicht wundern, daß Ihr Artikel noch weitere Lügen und Verdrehungen à la Goebbels enthält. So z. B. wenn Sie insinuieren, daß die Luxemburger sich in großer Zahl freiwillig zur großdeutschen Wehrmacht gemeldet hätten, indem Sie schreiben: «Sofern sich die weaffenfähigen Männer nicht freiwillig zur Wehrmacht gemeldet hatten, wurden sie zum Teil im weiteren Verlauf des Krieges – wie in allen Gebieten des Reiches – zum Wehrdienst rekrutiert.» Nun, vielleicht können Sie, als würdiger Nachfolger der Herren von «damals», die Zahl derjenigen Luxemburger in Erfahrung bringen, die sich freiwillig zur Wehrmacht meldeten. Sie wird Ihnen bestimmt lächerlich niedrig vorkommen, sogar dann, wenn man «berücksichtigt, daß das ganze Land nur 329.000 Einwohner zählt!» Und sollten Sie sich etwa auch noch für die charakterliche Qualität dieser Freiwilligen interessieren, dann werden Sie herausfinden können, daß sie samt und sonders zu jener Kategorie von Menschen gehören, die man, nach einem unrühmlichst bekannten Norweger, als «Quislinge» bezeichnet!

Noch eine weitere Verfälschung der Tatsachen bedarf einer Richtigstellung. Sie schreiben, Luxemburg habe durch jenen Vertrag vom 11. Juli 1959 «vermutlich die großzügigste Wiedergutmachung erhalten, die überhaupt von der Bundesregierung geleistet wurde. Allein 22 Mill. DM waren nach Artikel 2 des genannten Vertrages für die Entschädigung der «Zwangsrekrutierten» vorgesehen.»

Nein, Herr Lippens! Die 22. Mill. DM sind keineswegs für die «Zwangsrekrutierten» vorgesehen. Dieser Betrag wurde errechnet gemäß den Sätzen des Bundesversorgungsgesetzes. Dieses bildete angeblich den einzigen Weg, um diesen Artikel 2 überhaupt und trotz des Londoner Vertrages von 1953 in diesen Vertrag hineinzubringen. Das Bundesversorgungsgesetz aber kennt keine «Zwangsrekrutierte», sondern nur Kriegsoffer. Und als solche gelten diejenigen Personen, die durch Kriegseinwirkung einen körperlichen Schaden erlitten haben. Nur dieser «Personenkreis» wird durch das BVG – und damit, was Luxemburg angeht, durch den zitierten Vertrag – entschädigt. Und sonst niemand! Und diese Entschädigung wurde für die Luxemburger Kriegsoffer erst ab 1. Januar 1958 berechnet! Die davorliegende Zeit ist einfach verfliegen, sozusagen «ausradiert!» Und was die Zwangsrekrutierten angeht, so hat es die, gemäß Ihnen, Herr Lippens, überhaupt nicht gegeben!

So und nicht anders sieht «die großzügigste Wiedergutmachung» aus, «die überhaupt von der Bundesrepublik geleistet wurde!»

Im übrigen sollte man nicht so laut von seiner eigenen Großzügigkeit reden, wenn man sich im gleichen Atemzug auf einen Vertragsartikel beruft, der besagt, daß damit «alle Forderungen abgegolten (sind) die in den Bestimmungen Gegenstand einer Regelung sind.» Daß Sie, Herr Lippens, das aber zustande bringen, beweist, daß ein alter Luxemburger Spruch, der dieser Tage wieder aktuell geworden ist, wenigstens auf Sie voll und ganz anwendbar ist: «d'Preise bleiwe Preisen!» d. f.

das Zwiespältige seiner Situation spürt, aus dem heraus die Zeilen seines Lehrers entstanden. Er mußte sich auch seinen Groll vom Herzen schreiben. Und er geht noch einen Schritt weiter:

Er fragt sich, ob es noch einen Sinn hat – für den Augenblick jedenfalls – daß luxemburgische Schüler in Präsenz luxemburgischer Deutschlehrer in der Deutschen Botschaft Buchpreise entgegennehmen. Angesichts der offiziellen Haltung Bonns unserm Land gegenüber, die in Hitlers Wehrmacht gezwungen wurden, glaube ich diese Frage für den Augenblick jedenfalls verneinen zu müssen.

Fernand Hoffmann  
L. W. 5. 4. 1966

★

### UNO-Menschenrechtskommission

#### Polen will Frage deutscher Wiedergutmachung anschnneiden

New York, 24. März (AP). Polen erwägt nach Angaben seines Delegierten bei der Menschenrechtskommission der Vereinten Nationen in New York gegenwärtig, die Frage einer deutschen Wiedergutmachung für die Zwangsarbeiter während des Zweiten Weltkriegs vor der Kommission zur Sprache zu bringen.

Der polnische Vertreter Zbigniew Resich teilte gestern mit, eine Bestrafung von Kriegsverbrechern werde die Auswirkungen des Zweiten Weltkrieges allein nicht beseitigen. Andere Fragen wie die Entschädigung für die Zwangsarbeit von Sklaven während der Nazi-Periode sind bisher noch nicht in befriedigender Weise gelöst worden, sagte er.

Die UNO-Menschenrechtskommission begann gestern mit der Debatte über einen ebenfalls von Polen vorgelegten Resolutionsentwurf, in dem alle Staaten aufgefordert werden, für Kriegsverbrechen gegen die Menschlichkeit keine Verjährungsfristen gelten zu lassen.

L. W. 24. 3. 66

★

Auf dem Schulgebiet wird auch bei uns die erste Forderung unserer Staatsverfassung, daß alle Bürger gleich sind vor dem Gesetz, sowie die auch von unserem Staat unterschriebene «Allgemeinerklärung der Menschenrechte» in nächster Zukunft lebendige Wirklichkeit werden müssen; denn auch für unseren Staat bleibt es ewig wahr, daß nur die «Gerechtigkeit das Fundament der Staaten» ist.

N. D.

Aus: Schulökonomie - Freie Schule - Nationale Solidarität. L. W. 24. 3.66

## Irreführung des deutschen Volkes

oder: Télésendungen und Presseartikel mit absichtlich oder zufällig falschen Behauptungen

Am 14. März 1966 fragte Télé-Saarbrücken unsern Präsidenten Jos. Weirich, ob er bereit wäre, in einem Aufklärungs-Streifen Stellung zum deutschen «Nein» in Sachen Zwangseinziehung zu nehmen. In wenigen Minuten sollte er die Reaktion in Luxemburg schildern, und den Gegenstand der Forderungen erklären. Als Kulisse diente das «Musée de la Résistance» in Esch und am Dienstagmorgen den 15. März wurde gedreht. Am 17. März in der Sendung «Mosaik» über Télé-Saarbrücken sollte dann der werbe Zuschauer sich ein Bild und Urteil über den entstandenen Konflikt Bonn-Luxemburg machen.

Aber welches Bild und welches Urteil?

Unser Präsident schrieb am folgenden Tage an den Saarbrücker Reporter Gadatsch:

«Sehr geehrter Herr Gadatsch,

Ich habe gestern abend im «Mosaik» Ihren Streifen gesehen und muß gestehen, daß ich mir darüber Kopfzerbrechen mache.

Warum haben Sie den Anfang meiner Darstellungen, wie in Luxemburg auf die Antwort Bonn reagiert wurde, weggelassen, sowie auch meine Schlußfolgerung über den Bescheid?

«Keine falschen Politessen», hatten Sie mir vorher ans Herz gelegt. Sie wollten also von mir eine, der Wahrheit entsprechende Stellungnahme.

Herr Kammerpräsident Bodson sagte, «Mein Vorredner, Herr Staatsminister». Seine Ausführungen erfuhren wir jedoch nicht.

Erinnern Sie sich noch meiner Antwort, auf ihre Frage, warum man in Bonn eine solche negative Antwort gab? Und bestätigte Ihr Streifen nicht meine Auffassung? Heute wieder einflußreiche Leute in der Bundesrepublik verhindern, daß Ihre Kriegsverbrechen zu sehr aufgedeckt werden und enthalten dem deutschen Volke die Wahrheit vor. Deshalb auch nur teilweise Aufklärung. An eine komplette Irreführung kommt man noch nicht ganz heran.

Trotzdem kann ich Ihnen, als National-Präsident, den Dank der Luxemburger Zwangsrekrutierten für ihre Bemühungen ausdrücken. Jeder muß halt mit seinem Gewissen fertig werden. Bis vielleicht zu einem nächsten Male, verbleibe ich Hochachtungsvoll.

Was waren die Ausführungen unseres Nationalpräsidenten?

«Die brutale «Nein»-Antwort der Bundesregierung in Sachen Zwangseinziehung wirkte wie eine Bombe hier in Luxemburg. Die Reaktion ist denn auch die gleiche wie 1942, als Gauleiter Simon die Wehrpflicht für Luxemburg proklamierte. Regierung, Parlament und das gesamte luxemburgische Volk stellen sich ein. zweites Mal spontan und geschlossen um seine Zwangsrekrutierten. Zwar antworten wir nicht mit Generalstreik wie 1942, aber eine gleiche Parole läuft von Mund zu Mund: die Deutschen sind doch noch immer dieselben geblieben! Das was wir Luxemburger in den 20 vergangenen Jahren uns

selber versuchten glaubhaft zu machen: nötige Versöhnung, erstrebte Verzeihung, unserer Meinung über den Nachbar jenseits der Mosel im guten Sinne zu ändern, wurde mit einem Male wieder zerstört. Wir wurden eines besseren belehrt!»

Was nun folgt, durfte «gebracht werden»:

«Warum diese Empörung in Luxemburg? Nicht weil eine materielle Entschädigung abgelehnt wurde. Aber die Art und Weise wie die berechtigten Ansprüche abgelehnt wurden. Die Verschonung hinter fadenscheinige, sogenannte juristische Ursachen. Man hat in Bonn nicht den Mut die Zwangseinziehung als ein Kriegsverbrechen einzugestehen; im Gegenteil, man wirft sie mit allen andern gewöhnlichen Kriegsschäden in einen Topf und hält uns dann heulend das Londoner Abkommen über die allgemeinen Kriegsschulden entgegen. Von dem rein menschlichen Standpunkt, welchen Bundeskanzler Erhard beim Empfang der Zwangsrekrutierten in Luxemburg erwähnte und von der «wohlwollenden Prüfung» ist keine Rede mehr. Und es zeigt sich heute, daß bei der Ausarbeitung des deutsch-luxemburgischen Vertrags von 1958 der ehrliche, aufrichtige, gute Wille auch nicht vorhanden war. Daß mit Absicht die teilweise Entschädigung der Körperschäden der Zwangsrekrutierten über das Bundesversorgungsgesetz vorgenommen wurde, statt über das Bundesentschädigungsgesetz. Dieses nur um die Zwangseinziehung nicht als Nazi-Verbrechen anzuerkennen.»

Aber folgender letzter Satz sowie die Schlußfolgerung «mußten wieder weggelassen» werden, weil sie lauteten:

«Auch bekamen wir Zwangsrekrutierten heute unsere Zweifel über die Ehrlichkeit des Zusatzschreibens vom Vertrag des damaligen deutschen Außenministers von Brentano bestätigt.

Das alle Welt bedenklich stimmende an dieser Antwort ist, daß der heute wieder große Nachbar Deutschland den kleinen Partner Luxemburg, welchem keinerlei gefährliche Druck möglich ist, rücksichtslos behandelt.»

Auch unser Staatsminister und unsere Volksvertreter sollten in diesem Streifen zu Wort kommen. Wie sich nachträglich herausstellte verweigerte ersterer eine Stellungnahme. Botschafter Von Stolzmann hatte laut Télé-Saarbrücken ebenfalls abgelehnt, irgendwelche Äusserung zum Problem zu tätigen; während unsere Deputierten sich äußerten, daß «ihre zu scharfen Worte» nicht über den Lautsprecher kamen. Was Deputierter Urbany sagte, durfte überhaupt nicht gehört werden. Wir zitieren die «Zeitung».

Dann hätte der Vertreter der Kommunistischen Partei, D. Urbany, auf dem Bildschirm erscheinen sollen, denn er war genau wie die drei andern Deputierten interviewt worden. Aber siehe da, es tauchte statt des Kommunisten gleich Herr Bodson auf mit seinem Abschlußkommentar. Schluß der Sendung, Kamera zu. Kommen wir zur Waschmittelreklame!

Die Erklärungen des kommunistischen Sprechers hätten die westdeutschen Fernseher aber auch erschrecken können. Die geringe Sympathie, die die Bundesrepublik nach dem Drach-Wienecke-Skandal noch in Luxemburg besaß, so hatte er dem Saarbrückener Fernsehreporter erklärt, hat durch die Ablehnung der Wiedergutmachungsforderungen der Zwangsrekrutierten einen neuen Schlag erlitten. Da es sich nicht um einfache Kriegsschäden, sondern um die Entschädigung für Kriegsverbrechen handelt, dürfen die Forderungen der Zwangsrekrutierten nicht bis zum Friedensvertrag verschoben werden. Im Interesse der Freundschaft zwischen dem deutschen und dem luxemburgischen Volk ist es erfordert, daß die Bundesrepublik diese Forderungen umgehend erfüllt.

Und der Schlußsatz des Saarbrücker-Speakers lautete: «alte Ressentiments (für dieses Wort wird sich wohl Adolf im Grabe umdrehen) mit neuen politischen Entscheidungen zu vertiefen, spricht jedenfalls nicht für diplomatisches Geschick». Also, meine Herren Volksvertreter, ihr seid gerichtet!

### PROTEST

Die AP-Meldung vom 23. März 1966 aus dem Auswärtigen Amt in Bonn betreffend Zahlung von 75 Millionen DM an Luxemburg zur Begleichung von Kriegs- und Wiedergutmachungsforderungen ist eine bewußte Irreführung der öffentlichen Meinung im deutschen und luxemburgischen Volk. Warum werden Angaben über Luxemburger Kompensationen verschwiegen?

Die Bonner Regierung blufft erstens mit Entschädigungen, die überhaupt keine waren. Wer hatte die Kasse der Sozialversicherungen geplündert? (oder war das Geld aus Versehen in einen falschen Koffer geraten?) Jedenfalls scheint uns diese Begleichung von 35 Millionen DM nur eine Rückzahlung gestohlenen Gutes.

Auch die Formelierung «zur Entschädigung der Zwangsrekrutierten rund 22 Millionen DM» entspricht nicht der Wahrheit. Zwar vergütete die Bundesrepublik der luxemburgischen Regierung diese Summe im Wiedergutmachungsvertrag als teilweise Rückvergütung der zu zahlenden Renten an Luxemburger Invaliden und Mutilierte (also nicht nur an Zwangsrekrutierte) auf Grund des Bundesversorgungsgesetzes.

Und eben diese Art der Zahlung beanstanden wir, denn sie ist das Ungeheuerliche an diesem Vertrag. Die Luxemburger Versehrten wurden gleich deutschen Soldaten behandelt.

Entgegen Befürchtungen unserer Föderation wurde diese Auffassung stets geleugnet. Doch nun

Erwähnen wir den Artikel vom 24. 3. 66 im Presse-dienst «Real-Politik» von Herrn Hans Lippens in Hamburg (siehe Art. «Einer legt die Maske ab» im Luxemburger Wort vom Dienstag den 29. März 66, sowie unseren Artikel «Deutsche Geschichtsschreibung» in dieser Nummer).

Und schlagen wir die «Quick» Nr 14 vom 3. April auf Seite 30 auf.

Und was soll man von folgendem Satz aus der Reportage halten?

«Die viel geforderte moralische Wiedergutmachung hat allerdings einen sehr realen finanziellen Hintergrund. Mit rund 800 Millionen Mark wollen die Luxemburger das Bonner-Kriegsschuldenkonto belasten.»

Der gesamte Schaden, welcher Luxemburg durch die Zwangseinziehung entstand, beläuft sich auf rund 1 Milliarde 200 Millionen Lux. Franken. Das wären also grob umgerechnet 80 Millionen DM. Auf eine Null mehr oder weniger scheint es im Bundeswirtschaftsland nicht anzukommen. (Auch Goebbels nahm es nicht so genau mit den Nullen, wenn er die Zahlen der versenkten Brutto-Register-Tonnen angab).

Denken wir nun an die glatten Falschmeldungen von der AP auf Grund der Erklärungen des Bonner auswärtigen Amtes. (vielleicht befinden sich dort noch bewährte Mitarbeiter Goebbels) Hier unsere Antwort:

tritt der schlechte Wille, das Nichtverstehenwollen der Bundesregierung eindeutig zutage. Weder der Vertrag von 1959 wünschte die Anerkennung der Zwangsrekrutierten als Naziopfer (was eine Entschädigung nach dem Bundesentschädigungsgesetz ermöglicht hätte) noch das derzeitige Zusatzschreiben des Außenministers von Brentano beruhte auf Ehrlichkeit in diesem Sinne.

Mit der Verschonung hinter das Londoner Abkommen bekundet die Bundesregierung ihren Willen, die Zwangsrekrutierung als Kriegsverbrechen abzulehnen und als eine gewöhnliche Kriegsschuld hinzustellen. Die Bundesregierung leugnet mit ihrer Antwort sogar das Versprechen ihres Bundeskanzlers «auf wohlwollende Prüfung» dieses Problems.

Gerade auf dieser Anerkennung beharren wir, damit sich eine Zwangsrekrutierung in einem neutralen Lande nicht wiederholt.

Es ist auch nicht die Sache des Luxemburger Steuerzahlers für die Renten und Entschädigungen der Opfer dieses Verbrechens beizusteuern.

Anscheinend hält es aber die Bundesrepublik lieber mit den Negern, die Luxemburg sowieso nicht auf der Landkarte finden, damit ihnen das «Deutsche Reich» desto bekannter ist.

Fédération des Victimes du Nazisme  
enrolées de Force

«Deutschlands Rechtsradikalen wittern Morgenluft. Kommen jetzt die Nazis wieder? Früher marschierten sie für Hitler - jetzt sitzen sie im Vorstand der N.P.D.»

Noch ist Hannover die Hauptstadt der Bewegung. Im vierten Stock des Hauses Steintorstraße Nr. 12 tickt der Wecker, der Deutschland wieder

einmal «wahrütteln» soll. Hier residiert auf 80 Quadratmetern Büroraum die Bundesgeschäftsstelle der «Nationaldemokratischen Partei Deutschlands» (NPD). Sie kann nach dem Urteil des Landgerichts Konstanz mit Fug und Recht als «Nachfolgeorganisation der Nationalsozialisten» bezeichnet werden.

Zwei ergraute Vorzimmerdamen, ohne Rouge auf den Lippen, sortieren den Posteingang. Zu ihrer Linken häufen sich neue Aufnahmeanträge: An diesem Märztag des Jahres 1966 bitten

40 Bundesbürger, gegen einen monatlichen Beitrag von drei Mark um das Parteibuch der NPD.

Im Chefzimmer triumphiert Adolf von Thadden, stellvertretender Parteichef und Bundesgeschäftsführer: «Unsere Mitgliederzahl wächst von Tag zu Tag. Aber was heißt, sie wächst – sie schnell in die Höhe! Das ist eine Folge unseres glänzenden Abschneidens bei den Kommunalwahlen in Bayern.»

Einer in Europa hat vielleicht heute schon die neue Gefahr erkannt. Doch all zu viele Europäer verstehen sie noch nicht.

★ ★ ★

## Appel à la solidarité nationale!

Après l'humiliation, dont a été victime notre pays de la part de sa voisine, la République Fédérale d'Allemagne, au sujet des réparations demandées de droit par notre gouvernement, il importe que tous les Luxembourgeois de tous les âges, professions, et croyances se regroupent autour du drapeau national rouge, blanc, bleu comme jadis en 1942!

Nous autres Luxembourgeois sont très sensibles quand on veut nous déshonorer ou opprimer. Dans les deux cas, nous oublions nos petites querelles politiques. Durant les jours les plus sombres et tragiques de notre longue histoire nationale, nos coeurs ont battus à l'unisson.

Aussi, après l'affront allemand actuel, faudrait-il que nous serrions les rangs, puisqu'il y va de notre honneur à nous tous. Il ne s'agit pas seulement d'une catégorie de victimes du nazisme qu'on veut désavouer, mais ILS (les chleuhs), désavouent, comme au temps de leur Führer, jusqu'au bien-fondé de notre existence nationale!

C'est comme Romain Fandel l'a si bien exprimé à la Chambre des Députés, «T'Preisen sin Preisen bliwen» (les boches sont restés des boches). Depuis qu'ils marchent de nouveau au pas derrière leurs «Standarten und Fahnen», ils ont retrouvé leur élément. Non, ils n'ont

pas changé depuis 1945, ils ne changeront jamais! Le nazisme relève à nouveau sa tête; regardez les résultats des derniers votes en Bavière et à Hambourg, où un nouveau parti, la N.D.P., a gagné 7 à 8% des suffrages. C'est minime pense-t-on. Certes, Mais jadis la D.A.P., dénommée plus tard N.S.D.A.P., débutait aussi par une telle minorité! Et si jamais les Américains se retireraient de l'Europe, l'Allemagne prendrait leur place au détriment de la France. Et après?

C'est pour cela que la France se méfie à temps et veut sortir du guépier. Quant à nous, nous serions dégradés aux status d'un petit protectorat à la merci de la République Fédérale Allemande!

Peut-être y aura-t-il dans un proche avenir une nouvelle génération de jeunes Luxembourgeois sacrifiée pour leur p... réunification?

Pour éviter cela, il nous faut le soutien de tous les Luxembourgeois!

Car les allemands parlent d'Europe, mais ils pensent «Grossdeutschland», méfions-nous!

Nous lançons un appel ardent à toutes les associations patriotiques et d'anciens combattants: Unissons-nous – notre Honneur National est en jeu!

MATCH

★ ★ ★

Reveil de la Résistance  
Résistants actifs 1940-44  
LUXEMBOURG

Luxembourg, le 24 mars 1966  
Monsieur le Président  
de la Chambre des Députés  
à Luxembourg

Monsieur le Président,

Les anciens résistants du Réveil de la Résistance ont été atteints douloureusement par la décision du gouvernement de la République Fédérale Allemande de ne pas donner satisfaction aux revendications légitimes des Luxembourgeois mobilisés de force dans la Wehrmacht et le Reichsarbeitsdienst.

Depuis la Libération, nous n'avons cessé d'avertir les patriotes luxembourgeois contre la politique d'abandon pratiquée trop libéralement en faveur d'une Allemagne qui, au lieu de repentir ses forfaits, n'a jamais renoncé à la politique de puissance.

A vrai dire, le refus signifié par la République Fédérale ne constitue pas tellement une surprise pour les anciens résistants luxembourgeois, bien au courant des visées et pratiques politiques de notre voisine.

Seule l'union nationale de tous les Luxembourgeois et l'action commune de tous les intéressés sont de nature à assurer la sauvegarde de nos intérêts matériels et moraux les plus légitimes.

Les résistants du Réveil de la Résistance prient la Chambre des Députés et le Gouvernement de bien vouloir faire toutes les démarches nécessaires susceptibles de sauvegarder le patrimoine national et celui des victimes du national-socialisme.

Veillez agréer, Monsieur le Président de la Chambre des Députés, l'expression de nos sentiments respectueusement dévoués.

Pour le Comité:  
François Frisch  
Secrétaire.

## Offizielles aus der Föderation

In Anbetracht des brutalen «NEIN» aus Bonn, hat die Föderation beschlossen, eine Reihe von Aktionen in die Wege zu leiten. An erster Stelle seien die Nachfolgenden genannt:

1. Öffentliche Protestmanifestation zu einem noch zu bestimmenden Zeitpunkt.
2. Anwendung aller verfügbaren Mittel um die herausfordernde Haltung Deutschlands über die Grenzen hinaus publik zu machen.
3. Flugblatt-Aktion an deutsche Touristen.
4. Flugblatt-Aktion an Luxemburger, die Deutschland besuchen wollen.
5. Aufruf zum Boykott deutscher Waren.

Weitere werden folgen.

Luxemburger!

Kaufe in Zukunft so weit wie nur irgend möglich

### keine deutsche Ware!

BEISPIEL DES MONATS:

Wenn Du ein Auto kaufst, muss es  
dann ein MERCEDES oder ein  
VOLKSWAGEN  
sein?

## TRIUMPH HERALD



Qualité anglaise

Garage  
**HUBERT FRERES**

s. à r. l.

Luxembourg 106, rte d'Esch  
Téléphone 249 98

Aufhebung der Verjährungsfrist für  
Kriegsverbrecher gefordert

Vereinte Nationen – Ein von einer Gruppe Juristen ausgearbeiteter Bericht bringt in Vorschlag, die Generalversammlung der Vereinten Nationen solle den 117 Mitgliedsländern der UNO und den anderen Ländern der Welt empfehlen, die allgemein zwanzig Jahre betragende gesetzliche Verjährungspflicht aufzuheben, die die Verfolgung von nazistischen Kriegsverbrechen unmöglich macht.

Der Bericht, der vom UNO-Ausschuss für Menschenrechte im Verlaufe seiner zur Zeit in New York abgehaltenen Sitzungsperiode diskutiert werden wird, führt mehrere Fälle an, in denen die BRD infolge der von Ländern, in denen Kriegsverbrecher Zuflucht gesucht hatten, geltend gemachten Verjährungsfrist auf die Strafverfolgung von Kriegsverbrechern verzichten mußte. Tageblatt: 15. 3. 66

Deutschfeindliche Demonstrationen in  
Dänemark

Kopenhagen. – Rund fünfzig Demonstranten haben sich gestern auf einer Straße in Südjylland vor eine Kolonne von Lkw's geworfen, die 150 deutsche Soldaten zu einer dänischen-deutschen Übung auf das Manövergelände transportieren soll. Die Fahrzeuge stoppten und die Demonstranten wurden von dänischen Polizisten mit Gummiknüppeln auseinandergetrieben.

Tageblatt: 15. 3. 66

## COMMUNIQUE

Le Bureau de la Fédération Internationale des Victimes du Nazisme, enrôlées de Force, s'est réuni à Luxembourg le 6 avril 1966.

Il a pris connaissance du refus opposé par le Gouvernement de la République Fédérale d'Allemagne aux incorporés de force luxembourgeois.

Fermement résolu à ne pas accepter la prise de position du gouvernement allemand, il a décidé, à l'unanimité, de poursuivre l'action commune entreprise.

Fédération Internationale.

## OCTAV MASS 1966

D'FEDERATIO'N DELT MAT, DASS DET JOER  
D'MASS FIR ONS GEFALLEN A VERMESSTEN  
KOMERODEN

E FREIDEG, DEN 6. ME, OM 11.00 AUER AN  
DER KATHEDRAL ZO' LETZEBURG ASS.  
D'FEDERATIO'N BIED ALL HIR ASSOCIATIO'NEN  
DESER MASS MAT HIREM FENDEL BEIZEWUNNEN.

★

D'ASSOCIATIO'N RIFFT ALL HIR SECTIO'NEN OP  
DESEN DAG AN DER MASS MAT ENGER DELEGA-  
TIO'N AN MAT FUENDEL, PRESENT ZE SIN.

## Aux Elections communales allemandes LES NEO-NAZIS REMPOTENT DES SUCCES LOCAUX EN BAVIERE

Le regroupement de l'extrême-droite impose la vigilance s'il ne suscite pas encore d'inquiétudes graves.

Bonn, 14 mars.

Les élections communales ont eu lieu dimanche dans deux «Länder» d'Allemagne: le Schleswig-Holstein et la Bavière. En gros, elles font apparaître une tendance à la concentration des voix sur les partis chrétiens-démocrates et socialistes qui consolident leur position, et ce au détriment des libéraux, en léger recul, et de diverses petites formations politiques... Peu de changement donc sur la carte électorale allemande.

En revanche, et c'est sans doute l'élément le plus significatif et le plus inattendu de ces élections communales, le scrutin a fait apparaître en Bavière, un certain succès de l'extrémisme de droite. Encore ne convient-il pas de «dramatiser» puisque le parti néo-nazi N.D.P. n'obtient en tout et pour tout que deux pour cent des voix. Il n'en demeure pas moins que le «Nationale Deutsche Partei» a remporté certains succès locaux ainsi à Nuremberg où il a obtenu 7,5 % des voix à Passau, près de la frontière autrichienne où il s'est adjugé 9,2 % des suffrages, à Erlangen, 9,5% et à Bayreuth 10,6% des voix. Quant au président de la section bavaroise du N.P.D., M. Franz Winter, il a été élu au Tegernsee, lieu de villégiature où le chancelier Ludwig Erhard possède une villa. M. Winter s'était fait remarquer l'an dernier, pendant la campagne électorale, en allant déposer à la tête d'une délégation de son parti une couronne de fleurs au cimetière de Landsberg où sont enterrés les criminels de guerre allemands condamnés à mort par les Américains après les hostilités.

★

LUXEMBOURG - Tension entre le Luxembourg et l'Allemagne Fédérale, à la suite du refus opposé par Bonn aux demandes du Grand-Duché d'indemniser les jeunes Luxembourgeois enrôlés de force dans l'armée allemande pendant l'occupation. Colère et indignation se manifestent dans les journaux et la radio qui reprochent au gouvernement fédéral de n'avoir pas tenu ses promesses.

Le Figaro - 15. 3. 66

★

Israëlitische Gettokämpfer protestieren. Demonstration gegen zu milde Urteile für Kriegsverbrecher

Tel Aviv, 22. März, (AP) In Tel Aviv haben gestern etwa 500 frühere Getto-

## «Ja» zu Europa!

### ABIER NICHT SO.

Die unverfrorene Antwort der Bundesregierung auf das Memorandum der luxemburgischen Regierung übertraf unsere Befürchtungen.

Die Kaltschnäuzigkeit dieser Note löste in Luxemburg eine Reaktion aus, mit welcher man drüben in alter, wohlbekannter Überheblichkeit wohl nicht gerechnet hatte.

Einnützig, ohne Einschränkung, stellten sich Regierung und Kammer hinter die Zwangsrekrutierten.

Die Berechtigung unserer Aktion hätte nicht eindrucksvoller bestätigt werden können, gegenüber der öffentlichen Meinung in Luxemburg.

In der Kammersitzung vom 10. März wurde einmütig der Antrag angenommen, die Angelegenheit womöglich vor eine internationale Gerichtsbarkeit zu bringen.

Genauer gesagt wird die Regierung von der Kammer gebeten, eine Untersuchung darüber anzustellen, ob es ein Rechtsmittel gibt das Problem zu lösen, unter Anrufung einer internationalen Gerichtsbarkeit: «invite le Gouvernement à rechercher s'il y a moyen de résoudre le problème par une décision juridictionnelle.»

Die Regierung soll also diese Möglichkeit prüfen, unter Mithilfe spezialisierter ausländischer Rechtsgelehrter.

Welches sind diese Rechtsmittel? Welcher Gerichtshof ist zuständig? Wie lange wird der Prozess dauern. Die Regierung schuldet eine Antwort.

Aber auch die Kammer hat sich eine Aufgabe gestellt. Die Aufgabe, jedes politische Mittel anzuwenden, unserm Nachbarn Rason beizubringen.

Im Schutze von formaljuristischen Vorwänden mag die Bundesregierung einem internationalen Schiedsspruch gelassen entgegensehen.

Außerdem sind unsere Trümpfe sehr bescheiden an Gewicht und an Zahl gegenüber einem Partner — ja, die Bundesrepublik ist unser Partner in so manchen internationalen Gremien —, welchen die internationale und wirtschaftliche Entwicklung immer gewichtiger werden läßt.

Wir sagen es rund heraus, Luxemburg, das kleine Luxemburg, besitzt das Mittel, sich zur Wehr zu setzen: **unser Nein zur Fusion der europäischen Exekutiven.**

Das Gesetprojekt Nr. 1133 betrifft die Ratifikation durch die luxemburgische Kammer des Vertrages über die Zusammenlegung der drei Exekutiven von Kohle und Stahlgemeinschaft C.E.C.A.), Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (C.E.E.) und Euratom.

Die gemeinsame Verwaltung der drei Gemeinschaften würde nach Brüssel verlegt. Wir erinnern uns an die Verhandlungen und an den Luxemburg angebotenen Ersatz an zweitrangige Dienststellen für den Abzug des Schumanplanes. Europadorf Luxemburg, europäisches Nebengeleise, welches ein Afrikaner nicht einmal auf der Landkarte findet, lasen wir ausgerechnet in einer bundesdeutschen Zeitung.

Wir sind nicht vermessen, wir möchten nicht zwei getrennte Probleme vermengen, noch deren verschiedene Größenordnung verkennen.

Doch in dieser harten Welt lassen sich heute kaum noch Lorbeeren auf außenpolitischem Terrain pflücken mit geschickter diplomatischer Doppelzüngigkeit, wie der Kommentator einer großen Zeitung so treffend im Anschluß an die Kammersitzung vom 30. März bemerkte.

Die Zusammenlegung der drei Gemeinschaften fordert von uns Opfer, führt uns und unsere Stahlindustrie in eine nebelige Zukunft, wird von manchen in ihrer europäischen Zweckmäßigkeit angezweifelt.

Dies nicht zuletzt von unserm Staatsrat, welcher sich besorgt die Frage stellt, warum der europäische Geist sich nicht auf anderen

Gebieten so sehr bewähre wie bei dem voreiligen Fusionsprojekt. «Le Conseil d'Etat ne voit pas dans les pénibles négociations qui ont préparé le traité de la fusion des institutions la preuve d'un dynamisme européen qui, s'il existe, aurait pu et dû se manifester plus nettement et plus valablement dans d'autres domaines et à propos d'autres problèmes.»

Das Gutachten des Staatsrates trägt das Datum vom 23. Juli 1965. Wie schnell, wie bitter, wie enttäuschend wurden die Bedenken der hohen Körperschaft bekräftigt.

Als dann beschäftigt sich der Staatsrat eingehend mit verschiedenen Aspekten des Projektes um abschliessend, trotz lauer Zustimmung, festzustellen: «Il s'agira d'éviter que la fusion ne tourne à une confusion qui pourrait avoir des conséquences regrettables au moment où sera réalisée la fusion des Communautés.»

Unser Nein zu diesem Projekt ist nicht nur Vorwand, nicht nur Mittel zum Zweck.

Wie wird eine erspriessliche Zusammenarbeit in einer europäischen Mammutorganisation möglich sein, wenn im zwischenstaatlichen Verkehr schamlos das Recht des Stärkeren praktiziert wird? Die Vergangenheit dieses Stärkeren ermahnt uns zur Vorsicht.

Es ist das beschwerliche Metier des luxemburgischen Außenministeriums, meist Liebkind spielen zu müssen, doch es ist schließlich sein Metier, seine Zuständigkeit in internationalen Angelegenheiten. Sie mögen Ihre Untersuchungen fortsetzen, falls dieselben begonnen haben.

Es sei uns jedoch die Meinung erlaubt, daß die Bemühungen wirkungsvoll unterstützt würden durch eine energische Haltung der Kammer in der Fusionsfrage. Besser unterstützt als etwa durch die Aberkennung des luxemburgischen Eichenlaubordens, nach dem Kriege verliehen an den Staatsrechtler für die besetzten Westgebiete, Dr. Globke.

Die Kammersitzung vom 30. März brachte die große Wende. Regierung und Deputierte sind mit unserer Aktion solidarisch. **Auch für sie gibt es nun kein Zurück.**

Ein Ja der luxemburgischen Kammer zum Fusionsvertrag, ohne vorherige Tilgung der deutschen Schuld gegenüber unseren Zwangsrekrutierten, wäre unfaßbar. In der Kammersitzung vom 30. März wurde die im Jahre 1961 entstandene Kluft überbrückt. Es wäre gefährlich diese Brücke wieder niederzureissen.

★

## Resolution

D'Amical des E.F.V.N. Gemeng Contern, versammelt an gew'nelecher Generalversammlung, den 27. März 1966 zo' Mutfort


stellt fest: datt emmer nach Deitschland an der Fro em d'Verbriechen aus der Nazizeit eng onverständlech Haltong anhölt. D'Oeffentlechkët an der Fro em d'Kriigsverbriechen falsch informéert;

appele'ert dofir un all Letzeburger an am besonneschen un eis Lokala autorite'ten dese fait net nömmen zur Kenntnis ze huelen, mais doriwer eraus gént des Praktiken ze protesté'eren;

riff dofir eis letzeburger Burgerméschter, Schéffen a Conseillé'sen op, der nechster Réuni'on vum Conseil des Communes d'Europe, dén zu Berlin stattfönt, nôt beizewunnen, an des Aktio'n nôt gént den Europagedanken ze betru'échten, mais gént de' Haltung, de' Deitschland vis-à-vis sengen Verpflichtungen anhölt.

MACHINES à COUDRE  
**BERNINA**  
Précision Suisse

Maison N. BOES  
111, rue de l'Alzette  
Esch s/Alz.-T. 54.02.72



kämpfer und Partisanen gegen die nach ihrer Ansicht zu milden Urteile und sogar Freisprüche für Kriegsverbrecher in Deutschland und Österreich protestiert.

Die Proteste bei der Kundgebung richteten sich besonders gegen den Freispruch der Brüder Mauer durch ein Schwurgericht in Salzburg und die Zustimmung eines Teils des dortigen Publikums. Es wurde auch kritisiert, daß das Revisionsverfahren im Fall Franz Maurer noch nicht abgeschlossen ist.

Die Redner forderten, daß die israelische Regierung endlich Schritte unternehmen solle, um die Behandlung von Kriegsverbrecherprozessen durch internationale Gerichtshöfe zu erreichen. Ebenso sei in manchen Fällen die Auslieferung von Kriegsverbrechern an Israel juristisch zu vertreten und zu erzielen.

Eine Delegation der Demonstranten, die zum großen Teil den Judenstern angeheftet hatten, begab sich anschließend zum österreichischen Botschafter, um eine Denkschrift gegen die jüngsten Freisprüche in Österreich zu überreichen.

L. W. 22. 3. 66

★

Der Spiegel - 28. Februar 66 - Nr. 10

Ein Staatsanwalt muß schlafen können  
Spiegel-Reporter Gerhard Mauz zur Untersuchung des Falles Haase in Hamburg.

Er war kein Held, sondern mit einer Krankheit geschlagen, die ihn mit dem Leben nicht zurecht kommen ließ. Doch starb er zweifellos nicht nur an ein paar «aus dem Ellebogen» erteilten Klapsen mit dem Gummiknüppel. Er verschied vielmehr nach einem mehrtägigen Kampf, in dem er derartige Hiebe erhielt, daß es später aus ärztlichem Munde hieß, dem Mann sei der A... zu Butter geschlagen worden.

Er starb buchstäblich in den Mauern der Freien und Hansestadt Hamburg; nämlich hinter denen der Untersuchungsanstalt (UG) am Holstenglacis 3.

Ernst Haase, 5000 Blatt Ausschlußprotokoll kamen zusammen, wird Hamburg noch lange beschäftigen. Daß der Fall Haase nur Hamburg etwas angeht, sollte sich niemand einbilden. Dergleichen ist überall in der Bundesrepublik möglich.

★

LES NOSTALGIQUES DU NAZISME

Cela étant, ces résultats confirment implicitement le récent rapport du ministère fédéral de l'Intérieur qui, chiffres à l'appui, faisait état d'une certaine recrudescence du néo-nazisme en Allemagne. Ainsi, au terme de l'enquête menée par les services officiels apparais-

sait-il que les nostalgiques du nazisme élargissent leur audience: 28.600 membres en 1965 contre 22.500 l'année précédente. Chiffres anodins en soi certes, mais inquiétants sans doute si l'on tient compte du fait que les effectifs des organisations néo-nazis ont non seulement enregistré l'an dernier une augmentation de l'ordre de 28%, mais que le regroupement de près de la moitié de leurs effectifs s'est opéré au sein d'un seul «mouvement d'accueil». Il s'y ajoute - autre fait inquiétant - le tirage en hausse de la presse hebdomadaire d'extrême-droite, les efforts déployés par les groupements néo-nazis dans un domaine qui échappe en grande partie au contrôle de l'Etat, à savoir le domaine culturel, et surtout la très nette recrudescence des actes anti-sémites: 171 en 1964, 561 en 1965.

La conclusion de ce rapport était celle-ci - et sans doute est-ce la leçon qu'il convient de tirer du scrutin bavarois - que si l'extrémisme de droite ne fait actuellement courir aucun danger à l'Allemagne, il faut que les forces démocratiques restent en éveil car les éléments d'extrême-droite sont parvenus en Allemagne à pallier leur éclatement et à se regrouper solidement.

Pierre ROELANDTS.

★

#### Hitlers Jacht für Amerikas Nazis?

New York. George Lincoln Rockwell, der Führer der amerikanischen Nazi-Partei, soll beabsichtigen eine Jacht anzukaufen, die Hitler gehörte, um diese Jacht als «schwimmendes Hauptquartier» seiner Partei zu benutzen. Rockwell erklärte, er sei noch nicht völlig zum Ankauf entschlossen. Sollte es dazu kommen, würde der Kauf durch die Vermittlung eines Erdölmillionärs in Texas erfolgen. Die 1939 gebaute Jacht war nach Kriegsende von den Vereinigten Staaten eingezogen worden. Sie wird gegenwärtig in Miami als Ferry Boat eingesetzt. Sie soll für 80.000 Dollar verkauft werden. Tageblatt 30. 3. 66

★

#### Klage

gegen unverbesserlichen Nazischriststeller  
Düsseldorf. «Der Zentralrat der Juden in Deutschland» hat gegen das ehemalige Mitglied der Propaganda-Abteilung der NSDAP Dr. Herbert Böhme, eine Verleumdungsklage angestrengt, weil er vor kurzem in Düsseldorf in öffentlicher Versammlung erklärt haben soll: «Die Juden sind dabei, das deutsche Blut zu vernichten.» Dr. Herbert Böhme ist Vorsitzender einer Vereinigung, die sich «Deutsches Kulturwerk europäischen Geistes» nennt. Tageblatt: 15. 3. 66

## Es soll gesagt werden . . .

- daß die luxemburgischen Zwangsrekrutierten keinen neuen Deutschenhass säen wollen;
- daß sie aber die Methoden hassen und anprangern, mit denen die deutsche Nation von gewissen Machtstrebern und Machthabern immer wieder im Wahn: «Deutschland über alles, über alles in der Welt!» gehalten wird;
- daß die jungen deutschen Generationen nicht wissen und also nicht verstehen können, daß die Quelle des Deutschenhasses nicht aus Neid und Mißgunst im Ausland entspringt, sondern in Deutschland selbst, bei allen leitenden Persönlichkeiten und Personen, die ihr Volk immer wieder im Sinne der uns allzu gut bekannten Herrenmenschen erziehen;
- daß diese Revanchisten übelster Sorte die jungen Deutschen beeinflussen, indem sie ihnen die Niederlage des 3. Reiches als ein, ihnen angetanes Unrecht darstellen;
- daß die verantwortlichen Deutschen, unter dem Vorwand «Friedens-offensive» (wir erinnern uns noch recht gut «anderer deutscher Offensiven! sic) und «vereintes Europa» (das aufzubauen Herr Erhard von Herrn Adenauer als ultimer Auftrag erteilt wurde, sic.) — ihre Schuld an der Ausrottung ihres kleinsten, wehrlosen Feindes verdecken und keinesfalls sühnen wollen;
- daß sie einen unguuten deutschen Nationalstolz züchten, der wieder blindem Fanatismus gleichkommt;
- daß sie aufrüsten, Atomwaffen wünschen, territoriale Ansprüche stellen, (schon wieder? die Red.) ohne daß die freie Welt mit ihnen Frieden geschlossen hat;
- daß die Bundesregierung in der freien Welt das Mißtrauen wieder weckt, Macht und Diktat des Stärkeren, vor allem den Wehrlosen gegenüber, hemmungslos walten zu lassen;
- daß die Mehrzahl der alten und jungen Deutschen bereit wäre, Abbitte für die von ihren Mitmenschen und Vorfahren begangenen Verbrechen zu leisten und nach Kräften wiedergutzumachen;
- daß sonst die Anständigkeit und der Mut des deutschen Volkes bezweifelt werden muß. Verbrechen einzugestehen, die an Unschuldigen und Wehrlosen auf grausamste Weise vollbracht wurden;
- daß das deutsche Volk nur dann eine friedfertige Nation sein wird, wenn es die Macht seiner «Starken Männer» zu beschränken versteht;
- daß der deutsche Wähler nicht erst beim Säbelgerassel zu dieser Einsicht gelangen darf;
- daß jeder Partner, der Verträge und Abkommen mit der Bundesregierung schließt, auf Unehrllichkeit gefaßt sein muß;
- daß die Bundesregierung und die deutsche Presse sich hinter Verträge und Paragraphen verschanzen, um so ihr Schuldbewußtsein auszuklammern;
- daß die Bekämpfer des Nazismus dem «Neuen Deutschland» als «sauberer» europäischen Nation Vertrauen entgegenbrachten, das schändlich mißachtet wurde.

O. W.

## Geschichtliche Wahrheit

Abyssus abyssum invocat.

Mit echt deutscher Unverfrorenheit versuchen seit längerer Zeit Miterben des unrühmlichen grossdeutschen Reiches durch geschichtliche Verdrehungen eine aufgeklärte und durch schmerzliche Erfahrungen klug und hellhörig gewordene Weltöffentlichkeit irrezuführen. Kurzum, man möchte die Geschichte neu schreiben. In den bundesdeutschen Gefilden kann man sich einfach nicht von den goebbelschen Propagandamethoden trennen. Mit Unwahrheit und Unklarheit, Inkonsequenz und Unehrllichkeit wird versucht die Wage der öffentlichen Meinung zu Gunsten des einstigen deutschen Verbrechertums ausschlagen zu lassen. «Es war ja alles nur halb so schlimm!»

Und das in einem Moment, wo die Bundesregierung außergewöhnliche Friedensschalmeien anschlägt! Konsequenz und Ehrlichkeit haben somit nur noch höchstens Wörterbuchwert. Für deutsche Begriffe könnten diese Wörter ruhig fallengelassen werden.

Ein Fehler zieht den andern nach sich.

Für Wahrheit und Klarheit folgendes:

- Hätte es keinen böhmischen Gefreiten, namens Adolf Hitler gegeben, den ungezählte braune und SS-Horden und letztlich auch noch die große Mehrheit aller Deutscher gestützt haben, — ansonsten er nie zum «heissgeliebten Führer» aller Deutschen hätte aufsteigen können;
- wäre es nie zur Machtübernahme im Jahre 1933 gekommen. Keine Werke freier deutscher Schriftsteller wären öffentlich verbrannt worden unter dem frenetischen Jubel der Deutschen und dem goebbels'schen Propaganda- und Hetzgeschrei;
- wäre es nie zu der weltbekannten Kristallnacht gekommen, und der hohe bundesdeutsche Beamte a.D. Globke hätte kein Judenmanifest zu unterschreiben brauchen; (von großem Nachteil erwies sich das nach dem Kriege allerdings nicht für ihn!)
- hätten die Mordbuben und Mordweiber (alle echte Nazies erster Garnitur) keine Gelegenheit gehabt, 6 Millionen Juden aus beinahe allen Ländern Europas, in bestialischer Art und Weise abmurksen zu dürfen;
- wäre es nicht zum Weltbrand von 1939 bis 1945 gekommen. Aber das deutsche Volk brauchte «Helden», Mörder hatte es sowieso genug;
- wäre es nie zum hinterhältigen Überfall auf den kleinen Nachbarn Luxemburg (und andere) gekommen;
- hätte es in diesem Lande keinen deutschen CdZ (für die jüngere Generation: Chef der Zivilverwaltung) gebraucht;
- hätte dieser CdZ, Gauleiter Gustav SIMON unseligen Andenkens, keine Gelegenheit gehabt den ihm misslungenen Versuch zu machen, Beutedeutsche ins «Grossdeutsche Reich» heimzuführen zu wollen;
- hätte dieser Mann die Verordnung über die Wehrpflicht in Luxemburg, am 30. August 1942, nicht herausbringen brauchen;
- hätte somit das großdeutsche Reich, seine Rechtsnachfolgerin, die «Deutsche Bundesrepublik», vor den Folgen eines des ungeheuerlichsten menschenrechtswidrigen Verbrechen bewahrt.
- Die vom nationalsozialistischem Regim begangenen Verbrechen wurden während des Kriegsverbrecherprozesses in Nürnberg im Jahre 1945 festgestellt und als solche gebrandmarkt.
- Einige Verbrecher wurden abgeurteilt. Wieder einige von ihnen wurden hingerichtet. Der weitaus größte Teil der nazistischen Verbrecher verschwand, um als die reinsten «Anti-Nazis» wieder in den höchsten Regierungsstellen des Nachfolgers, der «deutschen Bundesrepublik» wieder aufzutauchen.

Elections à Hambourg:

LES NEO-NAZIS doublent le nombre de leurs voix!

Hambourg. — Hambourg, opulente et prolétarienne, figure de proue du miracle économique, a donné, dimanche, une nouvelle fois la majorité absolue de ses suffrages à la social-démocratie.

Le S.P.D. confirme, certes, ce qui était déjà un état de fait puisque cette majorité était sienne, mais il la renforce encore, atteignant maintenant 59% des voix et progressant ainsi (+ 1,5%) plus encore que ses adversaires chrétiens-démocrates qui enregistrent une augmentation de 0,9% seulement.

Ce sont les libéraux qui font les frais de ce double succès puisqu'ils rétrogradent de 9,6% des suffrages à 1,8%, ce qui constitue un véritable écrasement pour le parti du vice-chancelier, M. Mende.

Le S.P.D. retournera donc au parlement de l'Etat de Hambourg avec 74 sièges, la C.D.U. 38 et les libéraux 8. Ceci confirme, pense-t-on, l'évolution de la démocratie ouest-allemande vers une sorte de bipartisme à l'anglaise.

Après la Bavière . . .

Mais ce sont pourtant les résultats enregistrés par un parti qui ne figurera pas dans ce parlement (étant donné le petit nombre de ses suffrages) qui retient le plus l'attention, suscitant même une certaine inquiétude, en tout cas un trouble certain.

Ce parti, c'est le parti national-démocrate, formation d'extrême droite qui peut être qualifiée de néo-nazie et qui ne cache guère, lorsqu'elle ne s'en glorifie pas, sa prétention de devenir l'héritière du national-socialisme.

Le P.N.D., en un an, depuis les élections législatives de 1965, a gagné 16.000 voix passant de 1,8% des suffrages à 3,8% et cette progression, tout de même étonnante, intervient à quinze jours à peine des gains importants qu'il avait déjà enregistrés en Bavière et à Munich précisément, ce berceau du nazisme.

Il n'y a peut-être pas lieu de dramatiser, mais trop de souvenirs douloureux se bousculent encore derrière cette troublante résurgence pour que l'opinion publique, allemande et mondiale, puisse y demeurer totalement indifférente.

Rép. Lorr. 29. 3. 66

All eis Fränn  
abonne'eren op

» LES SACRIFIES »

### Polen wünscht Aufhebung von Verjährungsfristen

New York, 21. März (AP) Polen hat am Wochenende der Menschenrechtskommission der Vereinten Nationen einen Resolutionsentwurf unterbreitet, in dem alle Staaten aufgefordert werden, Verjährungsfristen für die strafrechtliche Verfolgung von Kriegsverbrechern und Verbrechen gegen die Menschlichkeit aufzuheben. Die 21 Länder umfassende Menschenrechtskommission wird sich voraussichtlich gegen Ende dieser Woche mit der Strafverfolgung von Kriegsverbrechern beschäftigen. L. W. 21. 3. 66

★

Das «Comité International des Camps», Wien 10, Weigandhof 5, Österreich, erläßt in seinem Bulletin vom 3. Februar 1966 nachstehenden Aufruf:

Vor der Einleitung von Musterprozessen gegen Privatfirmen.

Wie bereits in der letzten Nummer dieses Bulletin berichtet, befaßt sich das «Comité International des Camps» damit, diejenigen deutschen Firmen, welche während des Krieges Sklavenarbeit der Konzentrationslagerhäftlinge in Anspruch genommen haben, zu veranlassen, an diese Entschädigungen zu zahlen.

Der erste Schritt wird bei Krupp, Siemens und AEG (bzw. Telefunken) getan. Diese Firmen haben sich zwar bereit erklärt jüdischen Häftlingen eine Entschädigung zu leisten, weigern sich aber bisher, die gleiche Entschädigung auch an nichtjüdische Häftlinge zu zahlen. Auch haben diese Firmen vorerst lediglich Häftlinge des Konzentrationslagers Auschwitz, nicht aber der andern KZ's entschädigt. Wenn sich diese Firmen nicht bereit erklären sollten, diese ungerechtfertigte Diskriminierung verschiedener Gruppen der Überlebenden der KZ's fallenzulassen, erwägt das «Comité», durch Musterprozesse die Firmen zu gleichmässiger Zahlung von Entschädigungen zu zwingen.

Ehemalige Häftlinge nationalsozialistischer Konzentrationslager, die nachweisbar für eine dieser genannten Firmen zur Zwangsarbeit gezwungen waren und sich einem solchen Schritt des «Comité International des Camps» anschliessen wollen, mögen dies der Redaktion mit Angabe des Lagers, der Daten und der Art der Arbeit, bekanntgeben.

(Rappel Mars 1966)

(Rappel-Rédaction: Luxembourg, 9. Av. de la Porte-Neuve - Tél. 261-86)

Fälle: Drach, Wienecke usw. . . Ja, sogar abgeurteilte Nazis, wie diese beiden, sitzen zu Gericht über ihre teuren Nazibrüder. Das ist der Gipfel deutscher Unverfrorenheit.

### Verbrechen sind zu sühnen und entsprechend wiedergutzumachen.

Auch solche der Nazis.

Als am frühen Morgen des 10. Mai 1940, die Invasion Luxemburgs durch die nazistischen Heeresfluten stattgefunden hatte, hatte Deutschland sich eines doppelten Verbrechens schuldig gemacht: Einerseits ein «Angriffskrieg», andererseits eine manifeste Verletzung der Neutralität eines freien und unabhängigen Landes. Von diesem Tag an häuften sich Kriegsverbrechen auf Kriegsverbrechen. Eines dieser Verbrechen war die «Verordnung» vom 23. Mai 1941, durch welche das deutsche Reich die männliche und weibliche Jugend Luxemburgs zum «Reichsarbeitsdienst» zwang. Doch war dies nur ein Vorläufer des weiten und beschwerlichen Leidensweges, den die Zwangsrekrutierten in der ihnen verhassten «Nazi-Wehrmacht» machen sollten.

Ein weiteres Verbrechen, ob Bonn dies anerkennen will oder nicht, war also gerade diese Zwangsrekrutierung. Rund 20.000 junge luxemburger Mädchen und Jungen wurden Naziopfer und nicht bloß «Opfer illegaler Maßnahmen des Nazismus», wie Herr von Brentano in einem Brief an die luxemburgische Regierung schrieb.

Schaetzel, deutscher Professor für internationales Recht, schrieb folgendes über die Zwangsrekrutierung der luxemburgischen Jugend: «Die zwangsweise Aushebung Luxemburger Staatsangehöriger zum deutschen Heeresdienst war unzulässig. Kein Land hat das «Recht, Bewohner des okkupierten Landes zum Dienst in seine «Armee zu zwingen.» (Archiv des Völkerrechts II 1949, S. 236) Vorstehendes hat Gültigkeit für jeden, bloß nicht für Herren wie von Brentano, Erhard und Schroeder.

Denn nach beinahe einem 1/4 Jahrhundert nach diesen Verbrechen an Luxemburgs Jugend, warten wir noch immer auf Sühne von deutscher Seite.

Bonn behauptet glattweg: «Es war kein Kriegsverbrechen, kein Naziverbrechen.» In der bundesdeutschen Regierung biegt man alle Gegebenheiten über diese Zwangsrekrutierung so zurecht, daß ja nur kein Naziverbrechen daraus entsteht. Ihrer These zu Folge sind die zwangsrekrutierten Luxemburger genau zu behandeln wie die Naziherden Hitlers.

Hat man sich, insgeheim, im bundesdeutschen Auswärtigen Amt etwa auf folgendes Nazischreiben gestützt, das in den Jahren 1942 bis zum August 1944, den Angehörigen der luxemburgischen Zwangsrekrutierten gestellt wurde:

«Auf Grund der Verordnung vom 23.8.42 — R G B L I S 535 hat ihr «Sohn . . . .», die deutsche Staatsangehörigkeit mit Wirkung vom «Tage seines Dienstetrtritts bei der deutschen Wehrmacht erworben. Da er bei der Erfassung Sie als nächsten Angehörigen «für die Entgegennahme von Verständigungen bezeichnet hat, «übersende ich Ihnen anbei seinen Staatsangehörigkeitsausweis. «Ich bemerke zu Ihrer Unterrichtung, daß durch die Erteilung «eines Staatsangehörigkeitsausweises die deutsche Staatsangehörigkeit nicht erst erworben wird, sondern daß der Staatsangehörigkeitsausweis nur eine Bescheinigung über den Besitz der «bereits erworbenen Staatsangehörigkeit ist, so daß an dem bestehenden Staatsangehörigkeitsverhältnis durch die Annahme des «Staatsangehörigkeitsausweises nichts geändert wird.»

Unterschrift.

Wenn ja, dann hat Bonn dem luxemburgischen Nachbarn und «Freunde» den so weltbekannten «hinterhältigen Fußtritt, den jeder Deutsche für seinen Freund bereit hat» versetzt, indem es die luxemburgischen weiblichen und männlichen Zwangsrekrutierten auf Grund seines Bundesversorgungsgesetzes entschädigte.

Großspurig, wie eh und je, läßt das Bonner A.A. durch A.P. Meldung vom 23. März 1966, die Weltöffentlichkeit wissen. Luxemburg sei entschädigt worden und das Verbrechen an der luxemburgischen Jugend sei gesühnt. Als Sühnegeld zahlte Bonn die lumpige Summe von 21 Millionen DM. Und damit glauben diese Herren los zu sein!

Das alles klingt verdammt nach echt nazistischer Verdrehungskunst! Für den eingeweihten Leser, auf jeden Fall. Denn er hat ja am eigenen Leibe die Mentalität des deutschen Michel kennengelernt.

Für den uneingeweihten Leser aber, folgen nachstehend die von den luxemburgischen Zwangsrekrutierten und Naziopfern angemel-

## Inform'e'r Dech iwer Deng Sâch an Dengem Bulletin

deten und in etwa wiedergutzumachenden Schäden; Summen die nicht der Luxemburger Staat aufzubringen hat, wohl aber Deutschland:

Männliche Zwangsrekrutierte (Wehrmacht):	12.031
Weibliche Zwangsrekrutierte (RAD,KHD):	7.969
Total:	20.000

Verlorene Arbeitsjahre: 32.000

das entspricht:

3.200 Mio. Fr. für Lohnausfall
1.800 Mio. Fr. für Körperschäden und Invalidenrenten.

Total: 5.000 Mio Fr.

Deutschland bezahlte 250 Mio. Fr. und zwar ausschließlich für **Körperschäden und Invalidenrenten**. Das sind rund 5% des angemeldeten Schadens. Ungefähr den Preis eines modernen 10-stöckigen Hochbaues! Das ist alles, und recht wenig, was das wunderwirtschaftliche und neuzeitliche, rechtstaatliche West-Deutschland über sein BVG den luxemburgischen zwangsrekrutierten Naziopfern zugestand, laut §2 des «Deutsch-Luxemburgischen Staatsvertrages vom 11. Juli 1959. Was verlangen die luxemburgischen Zwangsrekrutierten?

Außer Wiedergutmachung des moralischen Schadens an der luxemburgischen Jugend, wird von den Rechtsnachfolgern des Naziregimes, der heutigen deutschen Bundesregierung, eine **teilweise materielle Wiedergutmachung** gefordert, und zwar auf der Basis von 1.500,— Fr. pro Monat (Index 100) und pro Kopf.

Das ergäbe eine rund 20%-tige materielle Wiedergutmachung seitens Deutschlands und zwar auf dem Wege über das BEG (Bundesentschädigungsgesetz).

Im einzelnen ergeben sich folgende Summen:

576 Mio. Fr. für Lohnausfall = 6 Starfighter
1.450 Mio Fr. für Körperschäden und Renten. (Abgezogen sind von dieser Summe die bereits gezahlten 250 Mio. Fr.)

Total: 2.026 Mio. Fr.

Deutschland schuldet Luxemburg also rund 168 Millionen DM.

Vorgenannte moralische und materielle Wiedergutmachung seitens Deutschland stellt ein absolutes Minimum an Forderungen dar. Auf der oben angegebenen Basis könnte die Bundesregierung in etwa das ungeheure, vom Naziregim begangene Verbrechen und den daraus entstandenen Schaden wiedergutmachen.

Aber gerade das will man nicht im Lande des Wirtschaftswunders. Darum auch die perfide deutsche Stellungnahme zur Frage der Luxemburger Zwangsrekrutierten in der AP-Pressemeldung vom 23. März 1966.

Geschichtliche Verdrehungen, und keine, oder so gut wie keine Wiedergutmachung von begangenem Übel.

**Alles «Trade Mark: Made in Western Germany.»**

Ihr Verantwortliche für Weltpolitik und insbesondere, ihr Sieger über Nazideutschland, aufgepaßt auf den heutigen deutschen Michel! Mit jedem Tag wächst die Zahl der deutschen Revanchisten. Mit erschreckender Schnelligkeit wagen sich die nazistischen Elemente wieder ans Licht der Sonne. Nur all zu bald wird der deutsche Michel, euch, den Weltmächten, heimzahlen. Sein hinterhältiger Fußtritt als Lohn ist euch gewiß.

Auch das ist eine geschichtliche Wahrheit.

### BEDENKLICH

rm. Von jenseits der Mosel dringen wieder arg beunruhigende Nachrichten zu uns. Innerhalb weniger Tage wurden zwei jüdische Friedhöfe in Schwaben und im Bajuwarenlande geschändet und rund hundert Grabsteine zerstört, beschmiert oder umgeworfen. Zu diesen «bübischen Schändungen, wie P. W. Wenger in «Rheinischer Merkur» schreibt, kommt nun noch hinzu, daß der Bonner Innenminister Paul Lücke in einem am Dienstag veröffentlichten Bericht seines Amtes eine starke Zunahme rechtsradikaler Organisationen u. neonazistischer Zwischenfälle zugeben mußte.

Diese Tatsache stimmt äußerst bedenklich und das ganz besonders in einer Zeit, da die Bonner Regierung sich bemüht, sowohl die «deutsche Frage» allseits wieder beleben als auch in der atomaren NATO-Abwehr ein gewichtiges Wort mitreden zu wollen. Bonn kann sich nicht dauernd mit dem inzwischen mehr als fadenscheinig gewordenen Argument herausreden, in der kommunistischen Ostzone gäbe es ebenfalls noch derlei Burschen und prominente SS-Leute in wichtigen Staatsämtern. Das Regime des Herrn Ulbricht unterscheidet sich von der Hitlerbarbarei höchstens wie Speck und Schweinefleisch, die Bundesrepublik aber pocht immer wieder darauf, ein Rechtsstaat zu sein.

Zum Rechtsstaat indessen gehört mehr als eine Verfassung, in erster Linie muß rechtsstaatliches Denken vorhanden sein. Dieses Bewußtsein gedeiht von Natur aus schon sehr langsam, seine Entfaltung aber wird dauernd gehemmt, wenn man nur die primitiven Totschläger aus Auschwitz zu lebenslangem Karzer verurteilt, Gesinnungslumpen und geistige Übeltäter aber fröhlich weitermachen läßt.

Der Fall Drach/Wienecke ist nur einer unter vielen, die das Übel drastisch beleuchten.

In Mainz sitzt der Justizminister, der sich schützend vor Drach stellte, noch immer in seinem Sessel, während in Bonn das Parlament ohne zu reagieren, die Mätzchen schluckte, die ihm Dr. Schröder in der Affäre Frank aufsticht. Der Bonner Außenminister hat dem Parlament, gelinde gesagt, eine Unwahrheit kredenzt und hat sie bis heute nicht berichtigt.

In England mußte Profumo gehen, weil er das Parlament belogen hatte.

Bonn aber wird seine Thesen erst dann vorbringen können, wenn es, wie Wenger schreibt, «der Seuche empfindlich zuleibe rückt» und sie ausrottet. Auch das gehört zu einem demokratischen Rechtsstaat. Es ist sogar ein Teil seiner Pflichten.

L. W. 5. 3. 66



## Mitteilungen

Gemäß dem an anderer Stelle dieser Nummer aufgeführtem Aktionsprogramm sind inzwischen folgende zwei Flugblätter zur Verteilung gekommen:

1) An diejenigen Deutschen, die unser Land über die Osterfeiertage mit ihrem Besuch beglücken wollten :

### DEUTSCHER !

Du befindest dich hier in Luxemburg !

Luxemburg wurde innerhalb von 70 Jahren, entgegen allen internationalen Abkommen, von den deutschen Eroberern dreimal überfallen, geplündert und ausgeraubt.

Besonders in den Jahren 1940 - 45 wurde es von den Nazihorden tyrannisiert, gemartert und geschändet.

Hier in Luxemburg geschah der von den Nazi-Verbrechern verübte Völkermord.

Bist du einer von diesen Verbrechern, so bitten wir dich, das Land schleunigst zu verlassen. Du bist hier unerwünscht!

Nach den letzten Ereignissen können und dürfen wir nicht vergessen !

Das Luxemburger Volk war zur Verzeihung bereit, doch die Haltung deiner Regierung in Fragen der Zwangseinziehung sowie die brutale Nein-Antwort Bonns Anfang März dieses Jahres haben alle Anstrengungen zunichte gemacht. Warum macht deine jetzige Regierung dich als Deutscher in den Nachbarländern unbeliebt ?

Können viele von ihnen sich noch immer nicht vom alten Nazigeist trennen? Jedenfalls haben sie frech und brutal die berechnete Anerkennung der Luxemburger Zwangsrekrutierten als Naziopfer abgelehnt.

Diese Anerkennung als Verbrechen sollte für unsere Nachkommen eine Garantie darstellen. Die damit verbundene Entschädigung hätte das Budget kaum belastet. Oder siehst auch du nicht ein, daß es ein Verbrechen war, die Jugend eines neutralen Landes in die deutsche Wehrmacht zu pressen ?

Hüte dich! Eine erneute Irreführung des deutschen Volkes wie in den dreißiger Jahren bahnt sich an !

Dich aber, der du glaubst, keine Schuld an diesen tragischen Ereignissen zu haben, bitten wir zu entschuldigen, wenn wir dir keine Sympathie entgegenbringen können und du vielleicht abstoßend behandelt wirst. Die Ehrenmale, denen du in fast allen Ortschaften Luxemburgs begegnen wirst, mögen dich daran erinnern, daß alle ausnahmslos, zum Gedenken der von den Nazis unschuldig Ermordeten, errichtet wurden.

Sie mögen dir ein Ansporn sein, in deiner Heimat mitzuhelfen, begangenes Unrecht einzusehen und wieder gutzumachen.

Möge uns alle das Schicksal vor dem nächsten Völkermord bewahren !

Föderation der zwangsrekrutierten Naziopfer.

2) An diejenigen Luxemburger, die sich zur gleichen Zeit nach «jenseits» begeben wollten:

### Letzeburger !

D'Enrôlés de Force spriechen Iech un :  
Letzeburg war 1939 fréi an neutral ! Esouguer den Hitler huet dât démols unerkannt. E Gauleiter, dén kuerz virdrun behâpt huet, wann d'Preisen d'Letzeburger bréichten, da wier de Kriech verluer,, konnt sech trotzdem net enthâlen, eis op Schluechtbänk ze fe'eren.

Iwer 90% vum letzeburger Vollek stongen démols hanner de «Jogen». Dir hutt gestreikt, d'Jongen verstoppt, gefiddert, iwer d'Grenz passe'ert wéi se sollten verschléft gin.

Trotzdem sollt d'Affer en ongeheiert sin !  
Nach bis haut streiden mir öm eist Recht.

Wir wöllen net als preisesch Zaldöten an d'Geschicht agoen !

Dach virun kuerzem krueten mir nés eng vun de Preisen op d'Bomm.

All oprichtege Letzeburger ass veriergert.  
Dir wösst öm wât et géit !

Mir Letzeburger Jongen (Zwangsrekrute'ert) hun d'Unerkennung als Naziopfer vun der déitscher Regierung verlängt, well d'Nazien eis hir Uniform opgezwoongen hâten. Wir waren berét mat Déitschland Fridden ze schléissen an ze verzeien. Dât können mir awer nômmen önnner déer Conditioin, datt mir net als preisesch Zaldöten betruuecht gin.

Awer dén Onverstand, dém eis Regierung doiwir begé'nt ass, zwéngt eis virsichtig ze sin. Mir revidé'eren eis Ménong iwer déi deitsch Demokratie! Haut ass de Géigner déselwechte wéi démols !

Eis Regierung an eis Chamber hun elo de Preis erkannt. Et soll hinnen eng Le'er sin !

Mir bieten och iech öm Verständnes an e klenge Affer.

Stellt iech nach émôl trei an éneg hanner èr «Jongen» wéi am Krich ! Aus alle Familien waren der derbéi. Déi eng gouf mé hârt getraff wéi déi âner.

Mir wönschen duerfir, datt all Letzeburger de Wé an Déitschland méiglechst soll önnnerlössen !  
Vleicht drôt Dir durech desen Akt derzou béi, datt d'preisesch Regierung hir Ménong ännert !

D'Unerkennung vun der Zwangsrekrute'erong als Kriechsverbriechen vum heitegen Déitschland soll net nômmen eng Garantie sin fir eis, a besonnesch eis Desertören, mä och fir Er an eis Kanner. Sie sollen net bei engem neien Iwerfall déiselwecht Schmôt op sech huele missen !

Wann jidder Letzeburger émol op d'Zänn béisst, an aplätz iwer ze fuehren, bei de Letzeburger Geschäftsleit akéft, dén huet eiser Sâch gedengt.

Mir sin klèng, mä mir müssen eis wiehren mat déne Möttelen, déi eis méiglechst sin !

Fédération des Victimes du Nazisme enrôlées de Force.

## Mit Deutschland in der Nato

Vor und während des Krieges haben die Deutschen die internationalen Abmachungen mit Kommissstiefeln zertreten. Ein Vertrag war nur von Wert, solange er für die eigenen Zwecke vorteilhaft war.

Heute legen die Deutschen die Verträge aus, wie sie es für gut befinden, wie es für sie am vorteilhaftesten ist.

Wo ist da noch der Unterschied zwischen denen von damals und jenen von heute ?

Während des Krieges preßten die Deutschen, entgegen jedem Völkerrecht, die Luxemburger Jugend in die verhaßte Uniform, weil es für sie von Vorteil war.

Heute erklären die Nachfolger dieser Herren vor der ganzen Welt, daß das Verbrechen, das an der Luxemburger Jugend begangen wurde, gar kein Verbrechen war, sondern lediglich eine gewöhnliche Kriegsmaßnahme. Natürlich wird diese Geschichtsfälschung in diplomatischer Weise eingewickelt, indem die Zwangsrekrutierten nicht, wie es sich gehört, unter die Naziopfer eingereiht werden, sondern unter die Kriegsoffer, genau wie die Deutschen, die zu 99% mit Adolf Hitler dem HEISSGELIEBTEN einverstanden waren. Und warum? Weil es für sie von Vorteil ist.

Durch ihre willkürliche Auslegung des Londoner Vertrags, durch ihre Nicht-Anerkennung der Luxemburger Zwangsrekrutierten als Naziopfer beweisen die Deutschen, daß sie sich keinen Deut geändert haben.

Sie haben heute die Stim, die Zwangsrekrutierung als legal zu erklären. Demgemäß müßten wir heute wieder antreten, wenn ihr Führer es befiehlt. Demgemäß müßten diejenigen, welche der Front den Rücken kehrten, noch heute erschossen werden.

Dadurch beweisen sie, daß sie noch immer der Feind No 1 in Europa sind.

Und mit solchen Leuten sollen wir heute, Seite an Seite, in der NATO marschieren! Mit Leuten, die weder eine moralische noch eine gesetzliche Pflicht anerkennen und in preussischer Manier alles niederstiefeln, was sich ihnen in den Weg stellt.

Der Deutsche von 1966 ist der gleiche geblieben, wie der Deutsche der Aera 1933 - 1945. Und darum muß er auch als der gleiche behandelt werden !

Von diesem Standpunkt aus gesehen, wird es verständlich, daß Frankreich nicht in der NATO bleiben will. Man kann den Franzosen nur zustimmen, wenn sie nicht mit jenen zusammen bleiben wollen die heute beweisen, daß sie sich seit dem Kriege nicht geändert haben.

Hundert Jahre lang war Deutschland der Feind No 1 Europas und sogar der ganzen Welt. Solch ein Charakterzug hat sich in dieser langen Zeit tief eingefressen und läßt sich nicht von heute auf morgen wegwischen. Nur ein mehr als naives Gemüt könnte Derartiges glauben.

Wäre Deutschland wieder jenes große Volk, von dem Hitler geträumt hat, es hätte Europa schon längst wieder in das Chaos gestürzt. Denn immer frecher erheben sie ihre Kommandostimmen. Hat nicht erst neulich ein deutscher Sender es hinausgerufen, daß die Deutschen in puncto Atombewaffnung «nicht nur mitbeteiligt sein wollen, sondern auch ein Mitspracherecht haben müßten!»

Damals zogen sie in Luxemburg ein, widerrechtlich, brutal, bis an die Zähne bewaffnet; heute versuchen sie es auf die sanfte Tour; wie Schafe. Aber sie sind die Wölfe von damals geblieben, und sie werden auch eines Tages wieder offen und frech ihre Reißzähne zeigen. Und dann sind wir wieder so weit wie damals !

Sollte Luxemburg es sich nicht überlegen, ob es mit einem solchen Partner noch in der NATO zusammenbleiben soll?

J. P. B.

### UNO-Menschenrechtskommission gegen Verjährungsfrist für Kriegsverbrechen

New York, 30 März (AP). Die UNO Menschenrechtskommission hat am Montag in einer Entschliebung den Abschluß eines internationalen Vertrages gefordert, dessen Unterzeichner sich verpflichten sollen, die Verjährungsfristen für Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschheit aufzuheben.

Die Annahme des von Polen eingebrachten und durch Anträge Österreichs, Frankreichs, Israels, der Niederlande, Neuseelands, der Sowjetukraine und der Vereinigten Staaten abgeänderten Antrages erfolgte mit 19 gegen null Stimmen bei Enthaltung des Irak.

Nach der Entschliebung soll der Vertrag auf der nächsten Sitzung der Kommission ausgearbeitet und dann dem UNO-Wirtschafts- und Sozialrat übergeben werden, der ihn der 22. Vollversammlung der Vereinten Nationen, die im September 1967 beginnt, vorlegen soll. In der Zwischenzeit werden alle Staaten ersucht, alle Maßnahmen zu treffen, um die Anwendung von Verjährungsfristen auf Kriegsverbrechen und gegen Verbrechen gegen die Menschheit zu verhindern und die Verhaftung, Auslieferung und Bestrafung solcher Verbrechen schuldiger Personen zu sichern und anderen Staaten alle Dokumente über solche Verbrechen zur Verfügung zu stellen. L. W. 30. 3. 66

### KAMMER-ECHO

Mit rührendem Eifer stellte die bundesdeutsche Botschaft der Presse diese Woche eine Mitteilung über die Auszeichnungen zweier hilfsbereiter Luxemburger mit dem Titel «Kavaliere der Straße» zu. Diese Auszeichnung dürfte jedoch kaum den in diesen Tagen eingebüßten Prestigeverlust der Bundesrepublik in Luxemburg wettmachen.

In der Tat, was das bundesdeutsche Auswärtige Amt sich in Sachen Zwangsrekrutierte leistete, grenzt an Verleumdung. Hinzu kommen die Geschichtsfälschungen deutscher Presseagenturen. Leute, die mit einer solchen Unverfrorenheit operieren, werden sich wohl kaum durch die Proteste unserer Abgeordnetenkammer stören lassen, aber immerhin, es mußte gesagt werden, und wir können unsere Abgeordneten für ihre würdevolle Unanimität nur beglückwünschen. Alte Narben wurden wieder aufgerissen und die Bundesrepublik hat sich manche Chancen in Luxemburg verschrezt.

Nur ein internationales Gericht kann die Angelegenheit endgültig bereinigen. Die Regierung muß wieder aufgerissene Resolution der Kammer schnellstens Rechnung tragen.

Tageblatt, 2. 4. 1966